

Gemeinsame Pressemitteilung des Kulturbüro Sachsen e.V. und der Opferberatung des RAA Sachsen e.V. :

Aktionstag, 1. Februar 2011 gegen die „Bespitzelungsklausel“

Die Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. und das Kulturbüro Sachsen e.V. unterstützen den bundesweiten Aktionstag gegen die von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und dem Sächsischen Innenminister Markus Ulbig geforderte „Bespitzelungsklausel“ zivilgesellschaftlicher, demokratiefördernder Initiativen.

Am morgigen Tag werden die beiden Träger sich an der bundesweiten Fax-, e-mail und Telefonaktion sowie am „Streik gegen die Extremismusklausel“ sächsischer Initiativen, welcher im Rahmen des bundesweiten Aktionstages stattfindet, beteiligen. Ziel ist es, die jeweiligen schwarz-gelben Regierungskoalitionen sowie zuständigen Ministerien zur Rücknahme, der als verfassungswidrig eingeschätzten Klausel zu bewegen. Demokratie lebt von Aushandlungsprozessen und nicht von fragwürdigen Bestätigungsschreiben und Bespitzelungsaufrufen. Diese Errungenschaft der friedlichen Revolution – frei von Bespitzelung und ideologischer Linientreue zu arbeiten – gehört zum Grundverständnis unserer Arbeit.

Wir wiederholen unser Angebot an Bundesfamilienministerin Schröder und den Sächsischen Innenminister Ulbig: „Besuchen Sie uns vor Ort und überzeugen Sie sich von der Qualität unserer Arbeit, statt uns aus der Ferne einem Generalverdacht auszusetzen. Ihre Ankündigungen spielen den Nazis in die Hände und verhindern demokratische Beteiligungsprozesse.“, so Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen e.V..

Die Absicht eine solche Bespitzelungsklausel zur Förderbedingung zu erheben, widerspricht den Grundsätzen unserer Arbeit. Dazu Kati Lang (RAA Sachsen e.V.): „Nach Vorstellung der Ministerien sollen wir Betroffene rechter Gewalt zunächst über deren Hintergrund befragen oder beim Verfassungsschutz recherchieren. Das widerspricht sämtlichen seriösen Anforderungen an die Betreuung der Opfer von Gewalttaten. Ein Vertrauensverhältnis wäre passé.“

Grit Hanneforth (Kulturbüro Sachsen e.V.) weiter: "Wir werden unsere Kooperationspartner_innen auch zukünftig nach ihrem Engagement für Demokratie und Menschenrechte auswählen. Eine formaljuristische Verantwortungsübernahme für politische Einstellungen Dritter kann es nicht geben."

Weitere Informationen zum Aktionstag finden Sie unter:
bundesweit: <http://aktionstaggegenbekenntniszwang.blogspot.de/>
sachsenweit: <http://extremismusstreik.blogspot.de/aktionstag/>

Für Rückfragen:
Opferberatung des RAA Sachsen e.V., Kati Lang, Tel.: 0172 97 41 268
Kulturbüro Sachsen e.V., Grit Hanneforth, Tel.: 0173 862 7662